

Herr Ministerpräsident  
Stefan Mappus MdL

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Mappus!

Die Bürgerinitiative gegen Großgefängnis in Rottweil fordert Sie auf:

**Stoppen Sie den geplanten Neubau eines Großgefängnisses im Bitzwald bei Zepfenhan, Neukirch und dem angrenzenden Oberen Schlichemtal im Zollern-Alb-Kreis!**

Das Landes-Bodenschutz – und Altlastengesetz (LBodSchAG) und der rechtsverbindliche Landesentwicklungsplan (LEP 2002) schreiben ausdrücklich vor, dass mit Boden und Fläche **sparsam, schonend** und **haushälterisch** umzugehen ist.

Der Landesentwicklungsplan fordert die **Inanspruchnahme freier Flächen** für Siedlungs- und Verkehrszwecke und den Verbrauch von Rohstoffen, Energie und Wasser auf das für eine **langfristig ausgewogene Entwicklung notwendige Maß zu begrenzen**.

Die natürlichen Lebensgrundlagen sind dauerhaft zu sichern. Die Naturgüter Boden, Wasser, Luft und Klima sowie die Tier- und Pflanzenwelt sind zu bewahren und die **Landschaft in ihrer Vielfalt und Eigenart zu schützen** und weiterzuentwickeln.

Die Nachhaltigkeitsanforderungen des Landesentwicklungsplans, **verbieten** einen Raubbau an völlig intakter Natur.

Es soll stattdessen **auf Flächen zurückgegriffen** werden, die **dem Naturkreislauf bereits entzogen worden sind (industrielle oder militärische Brach- oder Konversionsflächen)**.

**Mit diesen selbst gesetzten Zielen des Landes Baden-Württemberg ist das Projekt eines Großgefängnisses im Bitzwald unvereinbar.**

Die Bürgerinitiative gegen Großgefängnis in Rottweil am Standort Bitzwald lehnt das geplante Bauvorhaben im Bitzwald aus den folgenden Gründen ab:

- Das Vorhaben verstößt gegen geltende Landesgesetze.
- Das Vorhaben führt zu unnötigem Flächenverbrauch.
- Das Vorhaben ist ein erheblicher Eingriff in eine bisher naturnahe Landschaft.

- Das Vorhaben beeinträchtigt eine ökologisch wertvolle Hochwasser-Retentionsfläche und Auenwaldstruktur.
- Eine ernsthafte und ergebnisoffene Suche intelligenterer Alternativ-Standorte über die Region Rottweil hinaus hat es bis heute nicht gegeben.
- Die Planungen von Stadt und Land waren von Anfang an auf Rottweil beschränkt, dies ist sachlich nicht gerechtfertigt.
- Das Vorhaben ignoriert den Willen der unmittelbar betroffenen Bürger aus Neukirch, Zepfenhan und dem angrenzenden Zollernalbkreis.
- Das Vorhaben wurde ohne Bürgerbeteiligung und ohne Offenheit in der Sache und im Ergebnis von Stadt und Land „ausgehandelt“ und hinter dem Rücken der Bürger beschlossen.

Die Bürgerinitiative gegen Großgefängnis in Rottweil am Standort Bitzwald fordert von Ihnen, Herr Ministerpräsident Mappus, die Ausweitung der Standortsuche auf ehemals industriell oder militärisch genutzte Flächen auch außerhalb der Region Rottweils. Vorgeschädigten Flächen mit bereits vorhandener Infrastruktur ist hierbei der Vorzug zu geben vor einer weiteren großflächigen Zerstörung von Natur und Landschaft. Wir fordern die Beteiligung und Information der betroffenen Bürger von Anfang an. Wir erwarten von Ihnen Offenheit in Ergebnis und Sache.

**Politik ohne Alternativen ist für uns Wähler nicht alternativlos.**

Für die Bürgerinitiative:

Ingeborg Gekle-Maier  
 Karin Wenzig-Luck  
 Jochen Baumann  
 Elmar Hauschel